

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Dresden,
Rader & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Hauspostamt:
Gebr. Arnold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangobrief mit dem wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat: 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis, Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 20 Goldpf., die 10 mm breite Reflamzeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., für Anzeigen, Stellen u. Reisezettel 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenlegung 10 Goldpf.

Nr. 277

Dresden, Donnerstag den 27. November 1924

35. Jahrg.

Die Wahlparole des Rentnerbundes

Stimmengang für den Befähigungserwerb

Der Vorstand des Deutschen Rentnerbundes verbreitet ein Flugblatt, in dem zuerst festgestellt wird, daß der vorläufige Reichstag für die Rentner nichts geleistet hat; dagegen erwarte man vom neuen Reichstag eine gerechte Regelung der Rentnerfrage. Der Rentnerbund lehne es zwar ab, eine Sonderpartei zu bilden, aber er fordere seine Mitglieder auf, denjenigen Parteien ihre Stimme zu geben, die sich im Reichstag vornehmlich für die „Belange“ der Rentner eingesetzt hätten, das seien die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei. Diese Parteien hätten auch jetzt wieder die Debatte der Rentnerfrage auf ihr Programm gesetzt und zum Teil Vertreter des Rentnerbundes und des Rentnerverbandes in ihre Wahlvorstände aufgenommen.

Diese Wahlparole ist ein ganz gewöhnlicher Stimmengang; die Rentner werden in einer Weise belogen, wie es man selbst in Wahlzeiten nicht für möglich halten sollte. Zuerst wird folgendes festgestellt: Wenn die von dem Reichstag genannten Parteien wirklich den ersten Willen gehabt hätten, für die Kleinrentner das Notwendige zu tun, so hätten sie das im vorläufigen Reichstag zu jeder Zeit ausführen können. Diese vier Parteien verfügten nämlich für sich allein schon über 231 Stimmen. Fügt man die ihnen jeweils zugehörigen 15 Abgeordneten der Wirtschaftspartei hinzu, so stand der von ihnen gebildeten kompakten Majorität von 246 Stimmen eine Minderheit von 25 Stimmen der übrigen Parteien gegenüber. Diese Zahlen genügt schon, um die Behauptung des Vorstandes des Deutschen Rentnerbundes, die Deutschnationalen, die Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei hätten die „Belange“ der Rentner wahrgenommen, als einen Wahlschwindel zu entlarven.

Wie aber haben sich gerade diese Parteien bei den Beratungen über die Aufwertungsfrage verhalten? Zuerst und durch die Schuld der Deutschnationalen die Verhandlungen unnötig verkompliziert worden. Später konnte man einige Sachverständige hören, die folgendes anführten:

Herr Reichardt, Vorsitzender des Reichsländerbundes, Deutschnational, verlangte vor jeder Aufwertung die Erfüllung folgender Forderungen: Schuldscheine, Steuereremission, Abschaffung der Preisen, Gewährung größerer Kredite. Aber auch dann sei die Aufwertung erst möglich, wenn zuvor die öffentlichen Anleihen ausgemerzt werden.

Geheimrat Havens, Vertreter des Großhandels, gleichfalls Deutschnational, sprach sich gegen jede Änderung der derzeitigen Steuerbelastung und damit gegen die Wünsche der Rentner aus.

Geheimrat v. Pechmann, Vertreter der Hypothekendarlehen, war ähnlicher Ansicht. Geheimrat Dumar (München), Vertreter des Handels, will erst dann eine Aufwertung, wenn der Durchschnitt wieder volle Freiheit in der Mietpreisbildung habe.

Der Vertreter der Gewerkschaften forderte, daß die Aufwertung von sozialen Erwägungen ausgehe. Vor allem dürften nicht die aufwerteten Forderungen auf die Massen durch erhöhte Preise und niedrigere Löhne abgewälzt werden.

Die weiteren Verhandlungen des Ausschusses haben zweifellos ergeben, daß die bürgerlichen Parteien im Ernst gar nicht für eine Aufwertung zu haben sind. Zahlreiche Klagen haben infolgedessen auch bereits eingeleitet, daß sie betrogen werden sollen. So hat die Korrespondenz des Hypothekendarlehen- und Sparersverbandes für das Deutsche Reich nach der Reichstagsdebatte folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die letzten Reichstagsberatungen haben erwiesen, daß es den politischen Parteien, besonders den Deutschnationalen, nicht ernst ist mit der Aufwertung... Millionen Sparersparen werden die Auswirkungen der wirtschaftlichen Ungleichheit zu vollst. demagogischen werden.“

Die Sozialdemokratische Partei lehnt es entschieden ab, mit der Frage der Aufwertung auf Stimmengang auszugehen. Sie verlangt, daß die Aufwertung nach sozialen Grundgedanken erfolgt und alle Geschädigten gleich behandelt werden. Die Aufwertung darf nicht zu einer neuen Erschütterung der Währung oder der Wirtschaft führen, es darf durch sie auch keine neue Belastung der Lohn-, Gehalts- oder Rentempfänger eintreten. Den Geschädigten muß ein geschlechtes Recht auf Fürsorge zugesichert werden, die Entschädigungen dürfen nicht den Charakter von Almosen erhalten.

Der Vorstand des Deutschen Rentnerbundes handelt entgegen diesen Grundgedanken, er treibt Stimmengang für den Befähigungserwerb und beugt damit den schlimmsten Verrat an den Interessen der kleinen Sparer und Rentner. Man braucht sich infolgedessen nicht zu wundern, als das Flugblatt unterzeichnet ist von Geheimräten, Regierungsräten, Direktoren, Offizieren und ähnlichen Persönlichkeiten in gehobenen Lebensstellungen, die die Bedürfnisse der kleinen Sparer und Rentner gar nicht kennen.

Die Antwort der durch die Inflation Geschädigten auf dieses Flugblatt muß sein, daß sie nunmehr erst recht am Tage der Wahl für die Sozialdemokratie eintreten, als der einzigen Partei, die die Frage der Aufwertung unter sachlichen Gesichtspunkten betrachtet und es ablehnt, die Not der kleinen Sparer zum Zwecke demagogischen Stimmengangs auszunutzen.

Denkt an Italien!

Nachdenkliches für den 7. Dezember

Ein gelegentlicher Mitarbeiter, der kürzlich Italien bereiste, stellt uns nachstehenden Artikel zur Verfügung; in seinen Schlussfolgerungen zeigt er am schärfsten die wichtigsten Perspektiven für den deutschen Wahlkampf.

Recordate! Denkt daran! So überschreiben die italienischen Faschisten mit Vorliebe ihre Propagandaplakate, in denen sie sich als die Erretter des Landes aus der Gefahr des Bolschewismus anpreisen und von angeblichen oder auch wirklichen Gewalttaten der italienischen Kommunisten erzählen, die übrigens durch die faschistischen Greuel weit übertrumpft werden. Erinnerung! Diese Mahnung muß auch den deutschen Reichstagswählern, den deutschen Besitzlosen, zugerufen werden, da der Schicksalstag des 7. Dezember nahe. Erinnerung! Euch dessen, was in Italien der Arbeiterklasse, ja dem ganzen Volke, seitdem es nicht zur faschistischen Fichte schwärzt, von den Faschisten angetan ist! Denkt daran, was in Italien ist, und sorgt dafür, daß in Deutschland nicht dasselbe wird!

Einem Sozialdemokraten, der heutzutage von einer italienischen Reise nach Deutschland zurückkehrt, wird, sofern er Genossen begegnet, die Frage vorgelegt, was er vom Faschismus halte, ob er Anzeichen der Krise habe, daß es mit der Herrschaft Mussolinis zu Ende gehe. Natürlich ist ein solches Urteil immer mit Vorbehalt aufzufassen. Ein Aufenthalt von einigen Wochen ist selbst in einem Lande, dessen Bevölkerung, Sprache und soziale Verhältnisse denen des unsrigen ungefähr gleichen, wie z. B. in Österreich, kaum genügend, um einen halbwegs ausreichenden Überblick über all das zu gewinnen, was zur Grundlage von einigermaßen haltbaren Schlüssen über die voraussetzliche politische Entwicklung der nächsten Zukunft gehört. Vieles mehr gilt das für Italien, dessen Volk, dessen soziale und politische Verhältnisse, dessen geschichtliche Tradition und soviel fremder sind und wo der Reisende soviel andere fesselnde Gegenstände der Betrachtung vorfindet. Vielleicht ist es deshalb nicht ausgeschlossen, daß uns Italien eines Tages Ueberlassungen bereitet, daß ein plötzlicher Ausbruch des Faschismus hinwegfegt — die Bedingungen dafür sind jedenfalls andere als in Deutschland. Aber wenn wir uns an den Geschehnissen in Italien für das deutsche Volk Lehren ziehen wollen, so können wir diesen ungesicherten Faktor aus unserer Rechnung fortlassen. Denn es ist für uns wichtiger, zu wissen, wie diese Erscheinung in Deutschland ablaufen würde, als die verschiedenen Möglichkeiten in Italien zu erkennen.

Ich habe in diesem Herbst einige Wochen in Italien verbracht. Es sind während dieser Zeit mehrere Ausschreitungen des Faschismus im Lande vorgekommen — ich war niemals Augenzeuge von solchen Vorfällen. Das Leben zeigte überall, wohin ich kam, normale Lagen — vom Faschismus sah ich lediglich die bunten Schilde seiner Kameraden und Quartiere sowie Gestalten im schwarzen Hemd, die bisweilen in kleinen Gruppen auf Straßen und Plätzen flanierten. Neben intelligenten Köpfen waren viele brutale, ungeliebte Gesichter darunter, robuste Landknechtstaturen, die dem Solde, unbekümmert um die Sache, nachlaufen, die im Dreinschlagen und Verwüsten Befriedigung finden. Sie sahen sich als die Herren des Landes, das zeigt ihr Auftreten, ihr Blick. Und der dicke Revolver, den sie an der Seite tragen, bisweilen auch ein massiver Knüttel, lassen ahnen, wie sie mit ihren Gegnern umspringen. Sie bereiten Mussolini bisweilen Ungelegenheiten, wenn sie der Öffentlichkeit recht drastisch zeigen, daß ihre Willkür und Rohheit sich den Tadel und Gehörs und Recht kümmern. Aber der Diktator darf sie nicht zu weit anlassen und maßregeln für solche Disziplinlosigkeiten und Verbrechen gegen seine papiernen Verbote. Denn sonst würde er das Fundament seiner Macht zerstören. Es ruht auf den Fäusten dieser Horde, die jeden Augenblick bereit sein müssen, für Mussolini in den Bürgerkrieg zu gehen, zu morden und zu brennen. Sie müssen bei guter Laune erhalten werden, sie müssen sich gegenseitlich austoben können, damit sie das Bluthandwerk nicht verlernen. Mussolini ist ihr Herr und ihr Gefangener. Und alle ernstlichen Versuche, sich aus ihrer Umklammerung zu befreien, müßten mit seinem Untergang enden. Die Gewalt Herrschaft kann nur durch die Gewalt, nur durch den Schrecken bestehen.

Mussolini ist klug genug, um die Achillesferse seines Systems zu kennen. Deshalb hat er ja, seitdem er an der Macht ist, starke Anstrengungen gemacht, um sich ein festes Fundament im Volke zu verschaffen und seine Diktatur auf die freie Zustimmung der Mehrheit der Italiener zu begründen. Er, der den Parlamentarismus verachtet und beschneidet, kann jetzt das Parlament nicht entbehren. Und offenbar hat er eine Zerklüftung der Mehrheit der Nation sich geholt. Vielleicht noch härter als in Deutschland ist in Italien jene unpolitische Schicht im Bürgerium, in der Bauernschaft und bisseits auch noch in Teilen des Proletariats, die von der Regierung nichts anderes wollen, als daß sie die Ruhe und Ordnung wahre. In kürzlicher Zeit, die Entwicklung der Politik, der Gesetze und der Verwaltung auf ihr eigenes Los zu erfassen, halten diese Leute das Regieren für eine Sache der Oberen und der Politiker, die den guten Bürger, der nichts anderes braucht als Ruhe und Sicherheit bei seinen Geschäften, nichts weiter angeht. Von der starken Hand Mussolinis erwarteten sie die innere Befriedung des

Nathusius heimgekehrt

Saarbrücken, 26. November. General v. Nathusius ist heute früh 6 Uhr aus dem Untersuchungsgefängnis im Lille freigelassen worden und in den Abendstunden in Saarbrücken eingetroffen. Er reist morgen nach Rastatt weiter.

Wie die Agentur Dadas aus Lille berichtet, ist der Reichstag zur Freilassung des General v. Nathusius Dienstagabend um 9 Uhr auf der Präsidium eingetroffen. Die Präsidium hat sofort Beschlüsse getroffen, daß die Nachricht sich nicht in der Stadt verbreite, hatte aber unverzüglich dem General im Untersuchungsgefängnis von seiner Begnadigung in Kenntnis gesetzt. Der General erklärte darauf folgendes:

Ich bin sehr glücklich, daß die französische Regierung diese Entscheidung getroffen hat. Ich werde nunmehr baldigst meine Familie wiedersehen. Was man getan hat, ist gerecht, denn ich bin unschuldig.

Der General v. Nathusius am Mittwoch früh das Untersuchungsgefängnis verließ, drückte er seine Befriedigung über die ihm zuteil gewordene Behandlung aus.

Berlin, 26. November. Die offizielle Mitteilung von der Begnadigung von Nathusius ist bei der Reichsregierung telegraphisch eingetroffen. Gleich nach Bekanntwerden des Kontingentsurteils vom 1921 ist auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 beim Reichsgericht ein Verfahren gegen Nathusius anhängig gemacht worden, zu dem bereits eine Reihe von wichtigen Zeugen ermittelt ist. Eine Korrespondenz behauptet: „Es das beim Reichsgericht anhängige Verfahren gegen den General bis zu Ende durchgeführt wird, ist fraglich. Man ist vielmehr in unterrichtlichen Kreisen, die dem Reichsgericht nachsehen, auf Grund des bis jetzt vorliegenden Tatsachenmaterials der Meinung, daß sich mit großer Wahrscheinlichkeit schon in der Voruntersuchung die völlige Unschuld des Generals so augenfällig erweisen dürfte, daß die Durchführung des Hauptverfahrens sich überhaupt erübrigen wird.“

nationalistischer Zeit in Deutschland jeder Zwischenfall in der gewissenschaftlichen Weise ausgegrenzt werde, um den Diktator lebendig zu halten und den zu jähren.

Frankreich, so fährt das Blatt fort, hat gerade in der jüngsten Zeit so eilantete Beweise seiner Friedenswillens und seiner Serbendigungsbereitschaft gegeben, daß dies auch von deutschnationaler Seite anerkannt werden müßte, und daß, wenn die deutsche Politik wirklich nur die friedliche Wiederannäherung des Deutschen Reiches zum Ziele hat, man auch in Berlin einmal fünf gerade sein lassen muß. Statt dessen verurteilt die nationalistische Presse in Deutschland, jede von Alliierten gemachte Konzession und jedes der deutschen Regierung freiwillig gewährte Zugeständnis als einen Erfolg hinzustellen, den die deutsche Diplomatie der Entente abgerungen hat. Gleichförmig steht zu dieser nationalistischen Pressenkampagne die Rede, die der Reichskanzler Marg in Wien gehalten hat und in der er seine Ansicht, die Politik internationaler Verbindungen weiter zu verfolgen, in erfreulichem Gegensatz. Die französische Regierung hat diesen Weg längst und mit dem besten Willen betreten. Es ist nunmehr an der deutschen Regierung, auch ihrerseits in voller Loyalität mitzuwirken, den internationalen Horizont zu klären.“

P. Paris, 26. November. (Eig. Draht.) In den Verhandlungen der Kammer verlautete am Mittwochabend, daß mehrere Angehörige der Reaktion die Regierung nach Erhöhung der Tagesordnung über die Begnadigung des Generals Nathusius zu interpellieren beabsichtigen. Herr mit in diesem Falle die Interpellation sofort beantwortet.

England in Ägypten

S. London, 26. November. (Eig. Draht.) Von Malta sind drei weitere englische Kreuzer und zwei Dampfer nach Ägypten abgegangen. — In Ägypten ist alles ruhig. Die Klüftung des Sudan durch die ägyptischen Truppen hat am Mittwoch begonnen. Vorläufig ist ein Bataillon abgezogen. Die übrigen Truppen werden das Gebiet ebenfalls bis Sonnabend geräumt haben.

Herr. Genl. 26. November. (Eig. Draht.) Der Vertreter der ägyptischen Regierung gegen die Aktion des englischen Kabinetts ist am Mittwoch in Genf eingetroffen. Das Sekretariat des Völkerbundes beschäftigt nicht die Rundgebung Ägyptens in Marokko an die Mitglieder des Völkerbundes weiterzuführen. Es will sich mit einem Schreiben begnügen, in dem lediglich zum Ausdruck gebracht wird, daß ein Protest der ägyptischen Regierung eingelaufen ist.

Französische Brandmarkung der deutschen Verheer

Beweise für Vertheidigung und Frieden

P. Paris, 26. November. (Eig. Draht.) Die schnelle Beilegung, die der Zwischenfall Nathusius durch die französische Regierung erfahren hat, ist um so anerkannterwert, als die Aktion die deutschnationalen Ägypten diese Affäre zu wahren ausdehnte, es dem Kabinet Herr mit Wirkung nicht leicht gemacht hat die Begnadigung des vom Völkerrichter gerichteten deutschen Offiziers auszusprechen. Man wird wahrscheinlich einmal dem Tempo beizugehen dürfen, wenn es scheint, es sei unmöglich, an eine weltliche Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen zu glauben, solange von totalitärer und

Der junge Erbkönig

Der junge Erbkönig